Datenschutzhinweis zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten **für die Erhebung der Grundsteuer, Gewerbesteuer und Hundesteuer** im Steueramt der Stadt Bad Neustadt a. d. Saale

Vorwort

Die meisten Bürgerinnen und Bürger sowie ansässige Unternehmen treten mit dem Steueramt der Stadt Bad Neustadt a. d. Saale früher oder später im Bereich der kommunalen Abgaben Grund-, Hunde- oder Gewerbesteuer in Kontakt. Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Erhebung von kommunalen Abgaben, soweit die Abgabenordnung (AO) und das Kommunalabgabengesetz (KAG) unmittelbar oder mittelbar anzuwenden sind.

Daten sind personenbezogen, wenn sie einer natürlichen Person zugeordnet werden können. Im Bereich der Grund- und Gewerbesteuer sind gemäß § 2a Abgabenordnung Daten auch dann personenbezogen, wenn sie sich auf verstorbene natürliche Personen, Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen beziehen. Keine personenbezogenen Daten sind anonymisierte oder pseudonymisierte Daten.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir in den Bereichen Grund-, Hunde- und Gewerbesteuer erheben, bei wem wir sie erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlich für die Datenerhebung und -verarbeitung:

Stadt Bad Neustadt a. d. Saale
Rathausgasse 2
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
Tel.: 09771 9106-171
E-Mail: datenschutz@bad-neustadt.de

Ansprechpartner für den behördlichen Datenschutz:

Landratsamt Rhön-Grabfeld
Spörleinstraße 11
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
Tel.: 09771 94-342
E-Mail: datenschutz@rhoen-grabfeld.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenerhebung und -verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), der Abgabenordnung (AO) sowie des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG).

Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. e), Abs. 3 DSGVO

Zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe, die kommunalen Steuern und Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften und kommunalen Satzungen gleichmäßig festzusetzen und zu erheben, benötigen wir personenbezogenen Daten. Ihre personenbezogenen Daten werden dabei in dem Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden.

Nur in den gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen dürfen wir die zur Durchführung eines abgaberechtlichen Verfahrens erhobenen personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeiten.

Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO

Bei der Teilnahme am SEPA-Lastschriftverfahren oder der freiwilligen Angabe von Kontaktdaten erfolgt die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten aufgrund Ihrer Angaben und der Einwilligung auf den Antragsformularen.

Erhebung zur Erfüllung der Aufgaben des Steueramtes

Personenbezogene Daten erheben wir nur dann, wenn dies für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Steueramts erforderlich ist.

Erhebung Grund- und Gewerbesteuer: Die Besteuerungsgrundlagen und somit auch die personenbezogenen Daten für die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer werden in erster Linie schriftlich und elektronisch von den Finanzämtern übermittelt und von uns weiterverarbeitet. Basis für die Übermittlung durch die Finanzämter sind u. a. von Ihnen abgegebene Steuererklärungen oder notarielle Beurkundungen. In Einzelfällen werden Daten direkt von der Stadt erhoben, z. B. bei Dritten (siehe nachfolgende Erläuterungen) oder bei Ihnen direkt, z. B. zur Durchführung von Billigkeitsmaßnahmen oder zur Bearbeitung von Stundungsanträgen.

Erhebung Hundesteuer und Ausstellung von steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen: Die personenbezogenen Daten werden direkt bei Ihnen mittels Formularen (u. a. Hunde-Anmeldung/-Abmeldung, Verlustanzeige Hundesteuermarke) oder durch Ihre formlosen Anträge (u. a. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung) erhoben.

Darüber hinaus erheben wir in allen Bereichen personenbezogene Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet oder befugt sind oder wenn Sie dem Dritten eine entsprechende Einwilligung zur Datenübermittlung erteilt haben. Dies ist nur dann der Fall, wenn wir die Daten zur Sicherstellung von Ansprüchen benötigen oder Sachverhalte ohne diese Hilfe nicht aufklären können. Dritte in diesem Sinne sind u. a. Einwohnermeldebehörden, Gewerbeämter, Träger der Rentenversicherung, Bundeszentralregister, andere Gemeinden, Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Kreditinstitute, Arbeitgeber. Zudem können wir öffentlich zugängliche Informationen, z. B. aus öffentlichen Registern oder öffentlichen Bekanntmachungen (u. a. Handels-/Vereins-/Gewerberegister) verarbeiten.

Die Stadtkasse erhält über einen internen und automatisierten Datenaustausch die erforderlichen personenbezogenen Daten zur weiteren Verarbeitung übermittelt. Dies gilt u. a. für die Abwicklung von Erstattungen und Forderungen sowie im Vollstreckungsverfahren bei rückständigen Forderungen.

3. Art der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten u. a. folgende personenbezogenen Daten:

Vor- und Nachname, Geburtsdatum, und -name, Anschrift, Unternehmen, Körperschaften, rechtsfähige und nichtrechtsfähige Personenvereinigungen, Vermögensmassen, Steuernummer des Finanzamtes, Personenkontonummer, Bankverbindung, Einkommens-/Vermögensverhältnisse, Grundstücksdaten (u. a. Flurnummer, Lagebezeichnung), Daten zum Gewerbebetrieb, Sterbedatum, Erben, Zustell-/Vertretungsbevollmächtigte und Kontaktdaten wie Telefon-, Fax- und Handynummer, E-Mailadresse.

Besondere personenbezogene Daten, sogenannte „sensible Daten“, erheben wir nur dann, wenn dies für das Abgabe- oder Erhebungsverfahren erforderlich ist.

4. Weitergabe Ihrer Daten an Dritte

Im Hinblick auf die Datenweitergabe unterliegen wir grundsätzlich dem Steuergeheimnis gemäß §§ 30 ff. AO.

Die von uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir im Einklang mit §§ 30 ff. AO sowie den Bestimmungen der DSGVO und dem BayDSG nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Dies sind u. a. Gerichte, Finanzämter und das Landratsamt Rhön-Grabfeld im Wege von Rechtsbehelfsverfahren oder Strafverfolgungsbehörden und andere Gemeinden zur Sicherstellung von Ansprüchen (z. B. die korrekte Anmeldung von Hunden im Rahmen der Hundesteuer).

5. Art der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten erfolgt weitgehend im automationsgestützten Verfahren zur Festsetzung und Erhebung der Abgaben. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Veränderung, Vernichtung bzw. Verlust sowie gegen unbefugte Offenbarung oder unbefugten Zugang zu schützen.

6. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie dies für das Abgabeverfahren gesetzlich erforderlich ist. Maßstab hierfür sind die abgabenrechtlichen Verjährungsfristen gemäß §§ 169-171 AO.

Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten dürfen auch gespeichert werden, um sie für künftige abgabenrechtliche Verfahren zu verarbeiten (§ 88a AO, Art. 13 KAG).

Des Weiteren werden Ihre Daten zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten gemäß Abgabenordnung bzw. Kommunaler Haushaltsverordnung gespeichert. Die dort vorgegebenen Fristen betragen größtenteils bis zu 10 Jahre.

Ihre personenbezogenen Daten werden darüber hinaus, soweit dies erforderlich ist, auch aufgrund der gesetzlichen Verjährungsvorschriften gemäß des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches bis zu 30 Jahren gespeichert, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist 3 Jahre beträgt.

7. Ihre Datenschutzrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung steht jeder betroffenen Person in Bezug auf ihre personenbezogenen Daten das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Widerspruch zu.
Ein Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Art. 20 DSGVO steht Ihnen uns gegenüber nicht zu, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 20 Abs. 3 DSGVO).

Darüber hinaus können oder dürfen wir in einigen Fällen Ihrem Anliegen nicht entsprechen (§§ 32 c bis 32 f AO). Sofern dies zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit.

Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für die Klärung benötigen, erhalten Sie von uns eine Zwischennachricht.

Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) bis h) DSGVO genannten Informationen verlangen.

In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sind in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabenart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z. B. Festsetzung, Vollstreckung) zu machen. Pauschale oder generelle Ersuchen können unter Umständen abgelehnt werden.

Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Sollten die Sie betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben Sie das Recht, Berichtigung und Vervollständigung Ihrer Daten zu verlangen.

Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Sie können eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist.

Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 DSGVO), insbesondere in folgenden Fällen:

die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich, die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort, die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch (siehe hierzu Punkt 2. „Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung“ und Punkt 6. „Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten“).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z. B. eine Löschung Ihrer Daten verhindern, weil Sie diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.

Recht auf Widerspruch, Art. 21 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z. B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

Recht auf Beschwerde, Art. 77 DSGVO

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständigen Aufsichtsbehörden sind für die Realsteuern (Gewerbesteuer und Grundsteuer):

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30, 53117 Bonn
Telefon: 0228 997799-0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

und für alle übrigen Angelegenheiten:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Wagmüllerstraße 18, 80538 München
Telefon: 089 212672-0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Widerrufsrecht zu einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben oder Daten freiwillig angegeben haben, können Sie die Verarbeitung dieser Daten jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt. Dies betrifft u. a. ihre Bankverbindungsdaten im Rahmen eines SEPA-Lastschriftverfahrens oder in Formularen freiwillig angegebene Kontaktdaten wie z. B. Telefon- und Handynummern oder E-Mailadressen.